

Anträge

Inhaltsübersicht

- 1. Stark für ein Hamburg für alle - Gemeinsam solidarisch für Gute Arbeit, sozial-ökologische Transformation und soziale Sicherheit**

DGB Vorstand Hamburg

- 2. Antrag Stärkung der Gedenkarbeit in der Region Hamburg**

DGB-Jugend Hamburg

- 3. Jährlichen Begehung des "Workers Memorial Day" am 28. April in der Region Hamburg**

DGB-Jugend Hamburg

- 4. Ortszuschlag für Rentner*innen, die Grundsicherung oder Wohngeld berechtigt sind**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

- 5. Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

- 6. Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

- 7. Mitgliedsbeiträge zielgerecht und effektiv einsetzen**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

- 8. Zweite Stellvertretung im DGB-Bezirksvorstand bei Drei-Länder-Bezirken**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

- 9. Angemessene Mitwirkungsrechte für die Seniorinnen und Senioren im DGB**

ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg

1 **Antragsnummer: 1**

2 **Antragsstellende*r: DGB Vorstand Hamburg**

3 **Empfehlung der ABK: Annahme**

4

5 **Titel:**

6 **Stark für ein Hamburg für alle – Gemeinsam solidarisch
7 für Gute Arbeit, sozial-ökologische Transformation und
8 soziale Sicherheit**

9

10 **Antrag:**

11 **Präambel**

12

13 Stark für ein Hamburg für alle – so definieren der DGB Hamburg und seine Mit-
14 gliedsgewerkschaften den Auftrag für die nächsten Jahre. Wir gestalten die Zu-
15 kunft, sodass wir ein Hamburg für alle, mit guter Arbeit, mit einer sozial-gerech-
16 ten Transformation, und vor allem mit sozialer Sicherheit werden. So stärken wir
17 unsere Kolleg*innen und so stärken wir unsere Demokratie.

18

19 Die Herausforderungen der letzten Jahre, wie die Corona-Pandemie, die gestie-
20 genen Energiepreise – ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukras-
21 ine –, die Hochinflationsphase, die Zunahme an nationalen protektionistischen
22 Handels- und Wirtschaftspolitiken, sowie eine anhaltende bundesdeutsche Re-
23 zession treffen uns auch in Hamburg: Verzeichnet die Freie und Hansestadt Ham-
24 burg aktuell eine reale Steigerung der Wirtschaftsleistung um 1,7 Prozent und liegt
25 damit über dem Bundestrend, ist gleichzeitig die Zurückhaltung bei Investitionen
26 und Beschäftigungsaufbau bereits deutlich spürbar. Die sozialversicherungs-
27 pflichtige Beschäftigung wächst nur sehr moderat, die Anzahl der gemeldeten
28 Ausbildungsstellen sinkt, ebenso die Tarifbindung innerhalb Hamburgs. Die
29 Schere zwischen arm und reich weitet sich. Die Zustimmung gegenüber konser-
30 vativen bis rechten Einstellungen steigt merklich, nicht zuletzt durch die Zunahme
31 von Hassverbrechen belegt.

32

33 Gleichzeitig steht unsere Arbeitswelt vor tiefgreifenden Veränderungen, angetrie-
34 ben durch die Megatrends Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie-Ent-
35 wicklung. Diese Veränderungen führen zu subjektiven und kol-
lektiven Verunsicherungen. Die im politischen Raum kursierenden

A circular graphic with a purple-to-red gradient background. In the center, the text 'STÄRKER MIT UNS.' is written in white capital letters.

STÄRKER
MIT UNS.

37 Debatten nach Abbau und Aufweichung gewerkschaftlicher Errungenschaften
38 wie dem Streikrecht, dem Arbeitszeitgesetz oder der Lohnfortzahlung oder die
39 Verantwortung bei Bürgergeldempfänger*innen und Asylsuchenden zu suchen,
40 verschärfen die gesellschaftlichen Verwerfungen. Als starke Gewerkschaften wei-
41 sen wir diese Angriffe entschieden zurück und werden auch in Zukunft gemein-
42 sam mit den Betriebs- und Personalräten Arbeitnehmer*inneninteressen stärken,
43 beschäftigungssichernd wirken und eine Willkommenskultur verankern, die auf-
44 nahmefähig ist und niemanden zurücklässt.

45
46 Wir Gewerkschaften als sozial-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ak-
47 teur*innen übernehmen Verantwortung, sowohl in den betrieblichen wie auch in
48 den politischen Auseinandersetzungen, denn wir haben aus unserer Geschichte
49 gelernt und stehen für Solidarität, für Gute Arbeit und für soziale Gerechtigkeit.

50
51 Genau deswegen fordern wir, dass Hamburg als wohlhabende Welt- und Han-
52 delsstadt angesichts dieser Herausforderungen umsichtig agiert: Eine aktive Ar-
53 beitsmarktpolitik muss einhergehen mit einer breit aufgestellten Weiterbildungs-
54 landschaft, einer Industrie- und Wirtschaftspolitik, die nachhaltiges und
55 qualitatives Wachstum fördert und Chancengleichheit schafft, einer gerechten
56 Sozialpolitik und einem deutlichen Bekenntnis zu Guter Arbeit und Tarifbindung.
57 Nur so erreichen wir das gemeinsame Ziel: Hamburg, eine Stadt für alle.

58
59 Dieser Leitantrag behandelt ausschließlich Themen im Einflussbereich des DGB
60 Hamburg. Er gibt für die nächsten vier Jahre einen Handlungsrahmen für die Ar-
61 beit des DGB Hamburg vor. Die gewerkschaftlichen Themen des Bezirks Nord so-
62 wie der Bundesebene werden weiterhin anlassbezogen durch zielgerichtete Akti-
63 onen und Veranstaltungen unterstützt.

64
65 Auf dieser Grundlage möge die Delegiertenkonferenz des DGB Hamburg folgendes
66 beschließen:

67
68 **A) Gute Arbeit für alle**
69 Unsere Definition von Guter Arbeit bleibt unverändert:
70 Gute Arbeit ist existenzsichernd, entgeltgleich, tarifgebunden, mitbestimmt, sozi-
71 alversichert, unbefristet und diskriminierungsfrei. Sie ist nachhaltig, wenn sie
72 menschliche Entwicklung fördert und zugleich negative Auswirkungen auf uns
73 und kommende Generationen verringert oder gar beendet. Gute Arbeit schafft
74 Karrierechancen, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und stärkt die berufl-
75 chen Entwicklungschancen jedes Individuums. Sie macht nicht krank, verbindet
76 Privates und Beruf, ist alters- und altersgerecht. Gute Arbeit wälzt unternehme-
77 rische Risiken nicht auf Beschäftigte ab, sondern schützt vor

78 wirtschaftlichen Gefahren und vermeidet Erwerbs- und Altersarmut sowie Lohn-
79 und Sozialdumping. Dieses Leitbild ist Grundlage unserer gewerkschaftlichen Ar-
80 beit.

81

82 Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

83

84 1. Hamburg als Stadt der Guten Arbeit: Entsprechend unserer Definition von Gu-
85 ter Arbeit setzt sich der DGB Hamburg gemeinsam mit seinen Mitgliedsge-
86 werkschaften gegenüber der Landesregierung und den Arbeitgeberverbän-
87 den auf allen Ebenen für deren Verankerung ein. Für uns ist das offensive
88 Bekenntnis der Politik pro Tarifvertrag entscheidend, denn Arbeit mit Tarifver-
89 trag ist ein Garant für soziale Sicherheit. Die zunehmende Tarifflucht der Ar-
90 beitgeber führt zu Kosten für die Allgemeinheit. Der Schaden, der allein durch
91 Tarifflucht und Lohndumping der Arbeitgeber in Hamburg entsteht, summiert
92 sich bei den Sozialversicherungen jährlich auf 875 Millionen Euro sowie 568
93 Millionen Euro bei der Einkommensteuer. Laut IAB-Betriebspanel arbeitet in
94 Hamburg mit 46 Prozent noch nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten in ei-
95 nem tarifgebundenen Betrieb. Hamburg hat die zweitschlechteste Tarifbin-
96 dung in Westdeutschland und ist sehr weit von der 80 Prozent-Zielmarke der
97 EU-Mindestlohnrichtlinie entfernt, die die Mitgliedsstaaten dazu anhält, eine
98 Tarifbindung von 80 Prozent der Beschäftigten auf den Weg zu bringen. Die
99 geringe Tarifbindung ist mit Blick auf den wachsenden Fachkräftebedarf auch
100 ein erheblicher Standortnachteil. Das Bekenntnis der Politik zur Tariftreue muss
101 sich bei der Vergabe, Wirtschaftsförderung, Haushaltsaufstellung, Gesetzge-
102 bung sowie dem Erlass von Verordnungen wiederfinden.

103

104 2. Tariftreue im Hamburger Vergabegesetz. Der DGB Hamburg setzt sich für ein
105 hamburgisches Tariftreuegesetz ein, sodass öffentliches Geld in Gute Arbeit
106 fließt. Somit sollen Aufträge der Stadt Hamburg ausschließlich an Betriebe
107 vergeben werden, die sich an das Niveau von repräsentativen Tarifverträgen
108 halten und die tarifvertraglichen Leistungen abbilden. Mit inbegriffen sind
109 Kontrollen, die Begrenzung von Subunternehmerketten und die Absicherung
110 für Beschäftigte bei Betreiberwechsel im ÖPNV. Die Erstellung eines Tarifregis-
111 ters bildet die Voraussetzung einer transparenten und niedrigschwelligen
112 Umsetzung und Anwendung.

113

114 3. Den Hamburger Transformationsrat, der den Wandel der Arbeitswelt im Zuge
115 der Megatrends Digitalisierung, KI und klimaneutralen Umbau/Dekarbonisie-
116 rung von Industrie und Wirtschaft gestaltet. Insbesondere setzt der DGB sich in
117 diesem Gremium dafür ein, gemeinsam mit den verschiedenen Akteur*innen



118 auf Strategien zur Beschäftigungssicherung, -qualifizierung sowie zur Erhö-
119 hung der Tarifbindung hinzuwirken. Der DGB-Index Gute Arbeit muss dafür
120 kontinuierlich für Hamburg ausgewertet und als Datenbasis herangezogen
121 werden.

122

123 4. Die effektive Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher, vergabespezifischer oder
124 tariflicher Mindestlöhne. Dazu gehört zum einen die Verbesserung der Perso-
125 nalausstattung für die zuständigen Behörden, zum anderen muss der Senat
126 die Abläufe zwischen den verschiedenen Kontrollinstanzen bzw. - stellen opti-
127 mieren und koordinieren (Zoll, Gewerbeaufsicht, Arbeitsschutzbehörden, Ar-
128 beitsverwaltung, Sozialversicherungen etc.).

129

130 5. Für den Beibehalt des Arbeitszeitgesetzes und gegen die Aufweichung des 8-
131 Stunden Tages. Wir werden gegenüber unserer Landesregierung fordern, sich
132 gegen die geplante Aufweichung des 8-Stunden-Tages einzusetzen.

133

134 6. Die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung. Betriebsräte sind eine zentrale
135 Säule unserer demokratischen Strukturen, sie stabilisieren Unternehmen, si-
136 chern Beschäftigung und binden Kolleg*innen in Entscheidungsprozesse ein.
137 Der DGB Hamburg wird sich auf Senatsebene weiterhin für die Unterstützung
138 der Gesetzesnovelle des Betriebsverfassungsgesetzes auf Bundesebene nach
139 der Vorlage des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung einsetzen. Die Hamburger
140 Justizbehörde und Staatsanwaltschaften werden wir auch in Zukunft zu Union
141 Busting und Betriebsrätemobbing aufklären, damit diese Fälle konsequent
142 verfolgt werden.

143

144 7. Gute Arbeit im Hamburger Fachkräftenetzwerk. An einem Tisch mit den Ak-
145 teur*innen des Hamburger Arbeitsmarktes von Senat über Sozialpartner und
146 Kammern hin zu der Agentur für Arbeit und den Jobcentern setzt sich der DGB
147 Hamburg für eine Eindämmung prekärer Beschäftigung und für den Anstieg
148 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, gezielten und abschlussorient-
149 tierten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie einem gelungenen Über-
150 gang von Schule und Beruf ein. Die Arbeit der Jugendberufsagenturen wird
151 begleitet und die Implementierung der Fachkräftestrategie und der Weiterbil-
152 dungsstrategie kritisch vorangetrieben. Insbesondere die Potentiale zur
153 Schließung des Fachkräftebedarfs von Frauen, Menschen mit Migrationsge-
154 schichte, aber auch Menschen mit Einschränkungen werden wir weiter the-
155 misieren und die Arbeitgeberverbände an ihre Verantwortung einer geleb-
156 ten Willkommenskultur erinnern.

- 158 8. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Beschäftigung sichert und Antworten auf
159 die Veränderungen am Arbeitsmarkt bietet. Sie muss berufliche Aus- und
160 Weiterbildung stärken, um den Megatrends der Transformation zu entspre-
161 chen. Sie muss Langzeiterwerblosen einen niedrigschwwelligen Zugang ermög-
162 lichen, Personen ohne Berufsausbildung auf abschlussbezogene Programme
163 orientieren und dem Verbleib in ungelernten Hilfstätigkeiten entgegenwirken.
164 Besondere Unterstützungsangebote wie das Erlernen von Sprache und
165 Grundbildung sind Bausteine einer gelungenen, integrierenden Arbeitsmarkt-
166 politik und sind auszubauen. In der Arbeitsverwaltung muss die Qualität bei
167 der Vermittlung Vorrang vor der Quantität haben. Der DGB Hamburg wird dies
168 im Rahmen der Ausschüsse und Beiräte der Arbeitsverwaltung thematisieren
169 und die entsprechenden Angebote durch Arbeit und Leben e.V. unterstützen.
170
- 171 9. Mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz. Dass Arbeit nicht krank machen darf,
172 gehört zu den gewerkschaftlichen Maximen. Zunehmende Arbeitsverdichtung
173 und die Zunahme von Erkrankungen am Arbeitsplatz und Arbeitsunfällen, ver-
174 deutlichen die Handlungsnotwendigkeit. Gesetzlich ist festgelegt, dass ab
175 2026 mindestens fünf Prozent der Betriebe jährlich von der staatlichen Arbeits-
176 schutzbehörde besichtigt werden sollen. Der DGB Hamburg setzt sich dafür
177 ein, dass Kontrollstellen besser personell und technisch ausgestattet werden
178 und wird dies in Senatsgesprächen und im Rahmen der Arbeitsschutzpartner-
179 schaft verstärkt einbringen.
180
- 181 10. Hamburg als gewichtiges industrielles Zentrum stärken. Die industrielle Wert-
182 schöpfung in der Metropolregion Hamburg ist Grundlage für viele wirtschaft-
183 liche Entwicklungsperspektiven in anderen Wirtschaftsbereichen. In der In-
184 dustrie sind die Tarifbindung und die Elemente der „Guten Arbeit“ sehr gut
185 entwickelt. Eine resiliente Industrie bildet die Basis für ein gelingendes Ham-
186 burg. Wir setzen uns ein für entsprechende lokale Rahmenbedingungen, De-
187 karbonisierung und Local Content in den Wertschöpfungsketten, nicht zuletzt
188 zur Absicherung von Lieferketten. Die klimagerechte Transformation kann nur
189 gelingen, wenn die Industrie erhalten und beim Umbau begleitet wird.
190
- 191 11. Gute Arbeit im Handwerk. Die gewerkschaftliche Handwerksarbeit und deren
192 Arbeitnehmervertretung werden weiterhin unterstützt. Eine resiliente Industrie
193 kann nicht ohne eine gestärkte Handwerksbasis gelingen. Der DGB Hamburg
194 begleitet die Arbeitnehmer*innenvertretung in der Vollversammlung und den
195 Ausschüssen inhaltlich und strukturell. Wir setzen uns innerhalb des Fachkräf-
196 tenetzwerkes für eine Erhöhung des Frauenanteils im Handwerk und in techni-
197 schen Berufen ein, damit Klimaberufe weiblicher werden und die ökologische
198 Transformation nicht nur männlich besetzt wird.

- 199 12. Gleichstellung in der Arbeitswelt. Der DGB Hamburg wird auch in Zukunft auf
200 allen Ebenen dafür kämpfen, diskriminierende Strukturen, wie zum Beispiel die
201 unfreiwillige Teilzeit aufgrund der Übernahme von Pflege, sichtbar zu machen,
202 aufzubrechen und Frauen zu empowern. Den überdurchschnittlich großen
203 Gender-Pay-Gap gilt es in Hamburg zu schließen. Mit Aktionen auf der Straße,
204 Veranstaltungen wie dem „WarmUp“ zum 8. März, dem Equal-Pay-Day sowie
205 dem Einsatz für die Aufwertung von Sorgearbeit und fairen Arbeitsbedingun-
206 gen statt Minijobs, setzen wir starke Zeichen für Geschlechtergerechtigkeit.
207 Durch Bündnisse und Netzwerke verstärken wir unsere Forderungen nach kon-
208 kreten Veränderungen – gegen Gewalt an Frauen und für gleiche Chancen im
209 Erwerbsleben.
- 210
- 211 13. Einen starken, handlungsfähigen öffentlichen Dienst. Der DGB Hamburg setzt
212 sich dafür ein, dass Senat und Bürgerschaft die Personalbedarfe regelmäßig
213 überprüfen, entsprechendes Personal einstellen und den vorhandenen Be-
214 beschäftigten Möglichkeiten zur Weiterentwicklung bieten. Tarifergebnisse müs-
215 sen über den Haushalt ausfinanziert werden und dürfen nicht zu Personalkür-
216 zungen führen.
- 217
- 218 14. Offensive Aus- und Weiterbildungspolitik im öffentlichen Dienst und in den öf-
219 fentlichen Unternehmen der Stadt Hamburg. Dafür werden wir werben. Dies
220 betrifft sowohl den Bereich der Laufbahnausbildung als auch die Ausbildung
221 in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz.
- 222
- 223 15. Die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf die Besol-
224 dung und Versorgung der Beamte*innen im Anschluss an die Tarifrunden für
225 die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder. Wir werden den Senat
226 auffordern, die im Rahmen der Tarifverhandlungen gefundenen Einigungen
227 als Maßstab für die Anpassung der Besoldung und Versorgung zu nehmen.
228 Die Ende 2025 auslaufende Angleichungszulage ist zu entfristen und in die Ta-
229 belle einzubauen. Bisher statische Zulagen sind regelmäßig anzupassen.
- 230
- 231 16. Amtsangemessene Alimentation. Wir werden auf Basis der Rechtsprechung
232 des Bundesverfassungsgerichtes eine amtsangemessene Alimentation der
233 Beamte*innen sowie ihrer Familien einfordern. Der Senat ist dabei in der Pflicht,
234 die amtsangemessene Alimentation regelmäßig zu prüfen und nachzuwei-
235 sen.
- 236
- 237 17. Gute Arbeit im öffentlichen Dienst. Wir werden darauf hinwirken, dass gesunde
238 Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst gewährleistet werden. Hierzu ge-
239 hört beispielsweise eine Reduzierung der in vielen Bereichen



240 zunehmenden Belastungen und die Umsetzung eines umfassenden Arbeits-
241 und Gesundheitsschutzes.

242
243 18. Bekämpfung der Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Der DGB
244 Hamburg wird die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen
245 Dienstes weiter thematisieren und auf geeignete Maßnahmen zum Schutz der
246 Beschäftigten drängen.

247
248 19. Wahrung der Interessen der Beschäftigten im Rahmen der fortschreitenden
249 Digitalisierung des öffentlichen Dienstes. Diese werden wir weiterhin mit Hilfe
250 der Vereinbarungsrechte durchsetzen.



251 **B) Sozial-ökologische Transformation für alle**

252
253 Der Klimawandel ist der Motor unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
254 Wandels hin zu einer klimaneutralen, digitalen Zukunft. Der DGB Hamburg und
255 seine Mitgliedsgewerkschaften gestalten diesen Wandel, sodass in Zukunft gute
256 Arbeit und ein gutes Leben für uns alle gesichert ist. Die grundlegenden Wand-
257 lungsprozesse in vielen Bereichen des Lebens und Arbeitens können verunsichern.
258 Wir unterstützen die Kolleg*innen in diesen Wandlungsprozessen. Wir stehen für
259 Solidarität, damit niemand allein bleibt angesichts der Herausforderungen. Wir
260 setzen uns dafür ein, dass neue, hochwertige Arbeitsplätze entstehen. Wir wollen,
261 dass Beschäftigte sich weiterbilden können, um neue Perspektiven zu finden. Wir
262 stehen an der Seite der Beschäftigten und tragen gemeinsam dazu bei, die Ver-
263 änderung fair und sozial gerecht zu gestalten. Wir stehen für soziale Gerechtigkeit.
264

265 Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

- 266
- 267 1. Eine sozial-gerechte Transformation. Dafür braucht es betriebliche und bran-
268 chenbezogene Transformationsstrategien, die mit den Beschäftigten, den
269 Mitbestimmungsgremien und den Gewerkschaften gemeinsam entwickelt
270 werden müssen, um tarifliche Beschäftigung zu sichern und auszubauen.
271 Dazu dient als ein Instrument der Transformationsrat. Der DGB Hamburg wird
272 diese Strategien gemeinsam weiterentwickeln und damit nicht zuletzt die In-
273 dustrie in ihrer Resilienz stärken.
- 274
- 275 2. Ein nachhaltiges Hamburg. Der DGB Hamburg wird sein Engagement im Ham-
276 burger Nachhaltigkeitsforum fortsetzen sowie im Nachfolgegremium des
277 Energiewendebeirats der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirt-
278 schaft. Wir begleiten die Umsetzung des Hamburger Klimaplans kritisch.
- 279
- 280 3. Eine nachhaltige Wirtschaft. Die Masterpläne Industrie und Handwerk müssen
281 auch künftig Nachhaltigkeit, Mitbestimmung und Gute Arbeit vereinen. Ge-
282 nauso werden wir diese Perspektiven in die Stadtwirtschaftsstrategie und in
283 die Weiterentwicklung des Hafenentwicklungsplans einfließen lassen. Der viel-
284 zitierte Bürokratieabbau darf nicht zum Abbau von Schutzrechten und -geset-
285 zen zu Lasten der Arbeitnehmer*innen führen. Dem treten wir entschieden ent-
286 gegen.
- 287



288 4. Die mitbestimmte Digitalisierung und KI-Nutzung in der Arbeitswelt. Wir setzen
289 uns ein für die verstärkte Einbindung von Betriebs- und Personalräten und be-
290 fördern das Regionale Zukunftszentrum mit seinem Hamburger Zusatzprojekt
291 zur Beratung der Mitbestimmungsgremien.

292
293 5. Mehr Investitionen in unsere Zukunft. Der DGB Hamburg setzt sich verstärkt ge-
294 genüber Senat und Arbeitgebern für eine sozial-ökologische Investitionsof-
295 fensive ein, bei der alle Finanzierungsspielräume genutzt werden. Damit ver-
296 bunden ist die Forderung nach einer klimagerechten, bezahlbaren und sozial-
297 gerechten Energiewende.

298
299 6. Die Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs). Die Hamburger
300 Nachhaltigkeitsstrategie ist ein geeignetes Instrument, um den SDGs gerecht
301 zu werden. Wir werden das Thema Gute Arbeit weiterhin stringent platzieren.
302 Demensprechend werden wir verbindlichere Messindikatoren und Zielvorga-
303 ben zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele sowie bei der Nachhaltigkeitsbe-
304 richterstattung einfordern und die Nachhaltigkeitsstrategie auf diese Weise
305 noch stärker als bisher an den Kriterien Guter Arbeit orientieren und die Ziele
306 von Armutsbekämpfung über Bildung bis hin zu sozialer Gerechtigkeit kontex-
307 tualisieren.

308
309 7. Die Kooperation der norddeutschen Bundesländer. Eine Zusammenarbeit zu-
310 gunsten gemeinsamer Entwicklungsperspektiven hinsichtlich der sozial-öko-
311 logischen Transformation ist notwendig. Das wurde bereits durch die OECD
312 bescheinigt. Der DGB Hamburg wird sich für die Beteiligung Hamburgs an ei-
313 ner norddeutschen gemeinsamen aktiven Industriepolitik einsetzen, die den
314 klima- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen gerecht wird.

315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325



326 **c) Eine solidarische Gesellschaft für alle**

327
328 Der DGB Hamburg ist sich mit seinen Mitgliedsgewerkschaften einig: Hamburg
329 muss sich solidarisch aufstellen, so dass der gesellschaftliche Frieden gewahrt
330 und das Erodieren unserer Demokratie gestoppt werden. Der Zunahme von Ein-
331 kommensmillionären steht in dieser Stadt die wachsende Armut gegenüber. Zwar
332 können wir konstatieren, dass rechte Parteien noch keinen breiten Nährboden in
333 dieser Stadt gewinnen konnten, das darf uns aber nicht zu einer Politik des Ab-
334 wartens verleiten. Wir Gewerkschaften stehen auf für eine Stadt der Vielfalt, der
335 Offenheit und für eine starke Demokratie. Deswegen werden wir uns mit verstärk-
336 tem Engagement für eine solidarische Stadt einsetzen, unseren Kolleg*innen in
337 den Betrieben an der Seite stehen und auch weiterhin jede Zusammenarbeit mit
338 der AFD ausschließen.

339
340 Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

- 341
342 1. Eine solidarische, vielfältige und antirassistische Gesellschaft. Wir engagieren
343 uns gegen Rechtsextremismus, völkischen Nationalismus, Rassismus, Antife-
344 minismus, Queerfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und
345 andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir sind ein aktiver
346 Teil der demokratischen Hamburger Stadtgesellschaft und werden gemein-
347 sam gegen Rechts und gegen die Angriffe auf unsere Demokratie aufstehen.
348 Zudem werden wir die Zusammenarbeit mit unseren Partner*innenprojekten
349 von Arbeit und Leben e.V. „Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus“
350 und „Empower“ fortsetzen.
- 351
352 2. Politische Bildung. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass politische
353 Bildung in Hamburg stärker gefördert wird. Sie ist ein zentraler Baustein zur
354 Stärkung der Demokratie und zur Abwehr von Rechtsextremismus. Sie befähigt
355 Menschen, gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu hinterfragen und sich
356 aktiv gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung zu engagieren. Durch die Vermitt-
357 lung von Grundkenntnissen über Gewerkschaften und betrieblichen Mitbe-
358 stimmungsgremien festigt sie demokratische Strukturen. Gerade in Zeiten von
359 Krisen und Verunsicherung ist politische Bildung entscheidend. Politische Bil-
360 dung muss auch in Betrieben und Dienststellen eine stärkere Rolle einnehmen.
361 Der DGB Hamburg wirbt für entsprechende betriebliche Maßnahmen, wie die
362 Einführung einer „Demokratiezeit“.

- 364 3. Ein vielfältiges Hamburg mit Chancen. Wir unterstützen die Aufnahme, Ver-
365 sorgung und Integration geflüchteter Menschen. Wir erkennen die Vermitt-
366 lung in Arbeit und Ausbildung als wichtige Basis für den langfristigen Aufent-
367 halt und die eigenständige Sicherung der sozial-ökonomischen Grundlagen
368 an. Dementsprechend setzen wir uns für eine Beschleunigung von Anerken-
369 nungsverfahren von Abschlüssen ein.
- 370
- 371 4. Den Zuzug von Fachkräften in den Hamburger Arbeitsmarkt. Faire Er-
372 werbsmigration ist eine Voraussetzung zur Beseitigung und Vorbeugung des
373 Fachkräftemangels. Zuletzt hat eine Ende 2024 veröffentlichte Studie der Ber-
374 telmann Stiftung nachgewiesen, dass bis 2040 jährlich rund 288.000 inter-
375 ationale Arbeitskräfte zuwandern müssen, um den Bedarf des zukünftigen
376 Arbeitsmarktes in Deutschland zu decken. Deswegen setzen wir uns für die
377 Zertifizierung von Anwerbeagenturen ein sowie für die Nutzung der Potentiale
378 der Menschen, die bereits eingewandert sind oder hier ankommen.
- 379
- 380 5. Das Validierungsverfahren begleiten wir kritisch mit Blick auf modulare Er-
381 gänzungen zur Anerkennung qualifizierter Berufsabschlüsse und damit zur
382 Aufnahme qualifizierter Beschäftigung. Dem Verharren in Hilfstätigkeiten
383 muss dringend entgegengewirkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
384 Frauen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte und Kindern entsprechend ih-
385 ren Bedarfen eine besondere Unterstützung zukommt. Die Entwicklung und
386 Etablierung des Hamburger Welcome Centers für zugewanderte Fachkräfte
387 begleiten wir weiterhin kritisch konstruktiv.
- 388
- 389 6. Soziale Gerechtigkeit sicherstellen. Die Überwindung von Armut in all ihren Er-
390 scheinungsformen. Die Armutgefährdungsquote in Hamburg liegt aktuell bei
391 18,8 Prozent. Alleinerziehende, Kinder und Menschen mit Flucht- und Migrati-
392 onsgeschichte sowie Senior*innen sind in besonderem Maße betroffen. Leis-
393 tungen der Daseinsvorsorge müssen in ausreichendem Umfang bereitgestellt
394 werden und allen Menschen in ausreichendem Ausmaß zugutekommen. Da-
395 für kooperieren wir mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, um Initiativen für so-
396 ziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern und damit zur
397 Stärkung unserer Demokratie beizutragen.
- 398
- 399 7. Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten durch
400 entsprechende landespolitische Initiativen, z.B. zur Vermögenssteuer oder Ge-
401 meindewirtschaftssteuer. So kann die Finanzierung öffentlicher Angebote und



402 der sozialen Daseinsvorsorge auf eine solide Haushaltsbasis gestellt werden
403 und kommt der Verteilungsgerechtigkeit in dieser Stadt zugute. Weiterhin hal-
404 ten wir daran fest, dass die Schuldenbremse eine Zukunftsbremse ist. Die
405 überfällige Reform werden wir auf Landesebene kritisch begleiten.

406

407 8. Bezahlbaren Wohnraum. Wir bleiben als DGB Hamburg Partner des Mieten-
408 stoppbündnisses und setzen uns dafür ein, dass Umwandlungen von Miet-
409 wohnungen in Eigentum gestoppt und die Mieten für die nächsten sechs Jahre
410 eingefroren werden. Die Einführung der neuen Wohngemeinnützigkeit ist
411 überfällig und muss dringend umgesetzt werden. Wir setzen uns für die För-
412 derung altersgerechten, barrierefreien und ökologischen Sanierens ein. Es
413 müssen gesetzgeberische Möglichkeiten für die Nutzung von Leerstand ge-
414 schaffen werden. Der neue Hamburg Standard kann einen Weg für mehr und
415 schnelleren Wohnungsbau darstellen und muss zügig auf eine rechtssichere
416 Basis gestellt werden. Der Erfassungszeitraum für den Mietenspiegel muss auf
417 zehn Jahre erhöht werden und um rechtswidrige Mieten in der Berechnung
418 bereinigt werden. Die Umsetzung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur
419 Erreichung der Klimaziele in Bezug auf Gebäudesanierungen seitens der
420 Stadtentwicklungsbehörde werden wir weiterhin kritisch mit dem Blick der So-
421 zialverträglichkeit für Mieter*innen begleiten.

422

423 9. Eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Bürger*innen
424 Hamburgs in allen Stadtteilen. Diese muss wohnortnah und niedrigschwellig
425 sein, und bei der Planung müssen ambulante und stationäre Versorgung zu-
426 sammen gedacht werden. Gute Versorgung setzt bedarfsgerechte Personal-
427 ausstattung in den Kliniken, Betrieben und Einrichtungen voraus. Um dem
428 Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzuwirken, braucht es attraktive Ar-
429 beitszeiten und tarifliche Bezahlung. In allen Stadtteilen muss die Versorgung
430 mit verschiedenen Fachrichtungen sichergestellt werden. Der DGB Hamburg
431 setzt sich gegenüber der Landesregierung für die Weiterentwicklung der Pfle-
432 geversicherung hin zur Pflegebürgerversicherung ein, die nicht nur wie bisher
433 nur auf Gehälter, sondern zum Beispiel auch auf Aktiengewinne und Mietein-
434 nahmen erhoben werden. Alle pflegebedingten Kosten sollen garantiert ab-
435 gedeckt werden, sodass pflegebedürftige Menschen in stationären Einrich-
436 tungen nicht länger durch zu hohe Eigenanteile überfordert und auch
437 ambulant bedarfsgerecht versorgt werden. Pflege darf kein Armutsrisiko sein
438 und nicht zum Spekulationsobjekt privater Immobilienkonzerne werden. Vor



- 439 diesem Hintergrund begrüßt der DBG Hamburg ausdrücklich den Rückkauf
440 von PFLEGEN & WOHNEN durch die Stadt Hamburg.
- 441
- 442 10. Inklusion in der Arbeitswelt. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in den Be-
443 trieben umzusetzen. Das Beratungsprojekt Handicap ist zu verstetigen.
- 444
- 445 11. Die Gestaltung demokratischer politischer Prozesse. Der DGB Hamburg mischt
446 sich in die Debatten der Stadt ein – auch in Bergedorf und Harburg. Deswegen
447 fördern und stärken wir die ehrenamtlichen Strukturen der Stadtverbände in
448 enger Abstimmung mit den Kolleg*innen vor Ort und ihren Möglichkeiten. Gle-
449 ches gilt für die ehrenamtlichen Strukturen des Frauenausschusses, des AK
450 LSBTI*, des AK Frieden und Demokratie sowie der DGB Senior*innen.
- 451
- 452 12. Eine Hamburgische Senior*innenpolitik. Über den Jahresempfang, kontinuier-
453 lichen Sitzungen der Koordination Senior*innenpolitik innerhalb des DGB (kurz:
454 Kosepo) und den Delegiertenversammlungen der gewerkschaftlichen Vertre-
455 tungen im Landesseniorenbirat begleiten wir kritisch den Aktionsplan „Für ein
456 altersfreundliches Hamburg/Age-friendly City“. Wir setzen uns für Partizipation
457 und Teilhabe ein und bringen unsere kritische Perspektive ein, wenn öffentliche
458 Dienstleistungen komplett ins Digitale verlagert werden sollen oder Ältere Dis-
459 kriminierung erleben. Ein Senior*innenticket muss eingeführt werden.
- 460
- 461 13. Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der völkerrechtswidrige Angriff
462 von Russland auf die Ukraine hat die innergewerkschaftliche Friedenspositio-
463 nierung auf den Prüfstand gestellt und neue Fragen aufgeworfen. Diese De-
464 batten sind für uns längst nicht abgeschlossen und müssen weitergeführt
465 werden. Verteidigungsfähigkeit darf nicht einhergehen mit ungebremster Auf-
466 rüstung. Rüstungsexporte müssen dauerhaft reduziert, Rüstungsausgaben
467 nachhaltig gesenkt und Massenvernichtungswaffen geächtet werden. Wich-
468 tigstes Ziel muss sein, einen Zustand der gemeinsamen Sicherheit zu schaffen,
469 der Krieg in Europa unmöglich macht. Dafür sind dringend notwendige Inves-
470 tionen in eine solidarische, nachhaltige und demokratische Gesellschaft vor-
471 zunehmen. Wir setzen uns ein für eine starke politische Bildung ebenso wie für
472 die Beibehaltung der Zivilklauseln an Universitäten und Hochschulen. Den An-
473 tikriegstag am 1. September werden wir auch zukünftig als wichtigen Gedenk-
474 tag begehen. Den 8. Mai fordern wir als Tag der Befreiung vom Faschismus als
475 Feiertag ein. Der AK Demokratie und Frieden wird sich mit den aktuellen Her-
476 ausforderungen zur Stärkung unserer Demokratie unter den veränderten Her-
477 ausforderungen der letzten Jahre befassen und friedenspolitische und demo-
478 kratiestärkende Justierungen erarbeiten.



479 **D) Gute Bildung und Ausbildung für alle**

480

481 Gute Bildung ist ein Menschenrecht und die Grundvoraussetzung für ein selbst-
482 bestimmtes Leben. Bildung sichert kulturelle, soziale und demokratische Teilhabe
483 an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt. Wir setzen uns für ein Bildungssystem
484 ein, das allen Menschen bestmögliche Bildung unabhängig von der sozialen Her-
485 kunft bietet. Gleiche Bildungschancen sind die Grundlage, um kulturelle, ökono-
486 mische, demokratische und soziale Teilhabe für alle zu ermöglichen. In Hamburg
487 ist Bildungserfolg aber hochgradig von der sozialen Herkunft abhängig. Zu viele
488 junge Menschen verlassen die Schule ohne einen Abschluss oder finden keine
489 Ausbildung. Ein gutes Bildungssystem steht und fällt mit gut qualifizierten Fach-
490 kräften, Lehrer*innen und Ausbildungspersonal in den Betrieben. Sie brauchen
491 gute Arbeitsbedingungen, um alle jungen Menschen individuell begleiten zu kön-
492 nen. Die Arbeit im Bildungswesen muss wieder attraktiver werden, um den Mangel
493 an Lehr- und Fachkräften zu bekämpfen.

494

495 Der DGB Hamburg setzt sich ein für:

496

- 497 1. Gute Ausbildung für alle schaffen. Wenn Ausbildungsplätze nicht besetzt wer-
498 den können, liegt das auch an unattraktiven Ausbildungsbedingungen. Der
499 DGB-Jugend Ausbildungsreport hat 2024 diverse Missstände aufgezeigt: Fast
500 15 Prozent der Auszubildenden müssen immer oder häufig ausbildungsfremde
501 Tätigkeiten ausüben. Bei nur einem Drittel ist das nie der Fall. Mehr als ein Dritt-
502 tel der Befragten (34,7 Prozent) muss regelmäßig Überstunden machen – ein
503 Verstoß gegen das Berufsbildungsgesetz. Außerdem leiden die jungen Men-
504 schen unter den unsicheren Übernahmeperspektiven. Selbst im dritten Aus-
505 bildungsjahr hatten fast die Hälfte der befragten Auszubildenden (45 Prozent)
506 keine Information darüber, ob sie in ihrem Betrieb weiterbeschäftigt werden.
507 Für Auszubildende mit Deutsch als Fremdsprache sind Sprachkurse einzurich-
508 ten, die sie auf die Ausbildung vorbereiten und begleiten. Ohne mehr und gute
509 Ausbildung wird der Fachkräftemangel nicht zu beheben sein. Deswegen set-
510 zen wir uns für attraktive Ausbildungsbedingungen auf tarifvertraglicher Basis
511 und gelebte Mitbestimmung im Betrieb ein.

512

- 513 2. Einen umlagefinanzierten Ausbildungsfonds. Nur noch 15,5 Prozent der Ham-
514 burger Betriebe bilden aus. Hamburg ist damit Schlusslicht der westdeutschen
515 Bundesländer. Das ist zu wenig vor dem Hintergrund steigender Schüler*in-
516 nenzahlen in Hamburg bis 2035. Ausbildende Betriebe sichern das

517 Fachkräfteangebot und bieten jungen Menschen eine Perspektive. Sie tragen
518 das Risiko, dass ihnen die ausgebildeten Fachkräfte abgeworben werden. Eine
519 Ausbildungsumlage senkt das finanzielle Risiko für den einzelnen Betrieb und
520 wirkt dagegen, dass sich nichtausbildende Betriebe aus der Verantwortung
521 ziehen. Eine Ausbildungsumlage steigert die Ausbildungskapazität und sorgt
522 mit der besseren Finanzierung für eine höhere Ausbildungsqualität. Weniger
523 Ausbilder*innen bedeuten auch für die Zukunft weniger Prüfer*innen. Dieser
524 Kreislauf muss durchbrochen werden. Der DGB Hamburg setzt sich demen-
525 sprechend für einen umlagefinanzierten Ausbildungsfonds für Hamburg ein.
526

- 527 3. Auf Veränderungen in der Arbeitswelt durch moderne Lehre und Arbeitsmittel
528 vorbereiten. Nur gut vier von zehn (42,1 Prozent) der Auszubildenden sehen
529 sich durch den eigenen Ausbildungsbetrieb »sehr gut« oder »gut« auf die An-
530 forderungen der Digitalisierung im künftigen Beruf vorbereitet. Mehr als jede*r
531 Vierte (26,7 Prozent) bewertet die Vorbereitung auf die Digitalisierung durch
532 den Betrieb nur mit »ausreichend« oder sogar »mangelhaft«. Lehr- und Lern-
533 mittel müssen modern und für alle Auszubildenden zugänglich sein und das
534 Lehrpersonal muss den Umgang damit geschult vermitteln, um ein soziales
535 Abhängen durch fehlende digitale Bildung zu vermeiden. Wir werden uns da-
536 für einsetzen, dass Berufsschulen und Lehrpersonal entsprechend ausgestat-
537 tet bzw. geschult werden. Die Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) muss
538 modernisiert und regelmäßige Fortbildungen für Ausbildungspersonal müs-
539 sen verankert werden.

- 540
- 541 4. Wohnraum für die junge Generation. Wohnraummangel wirkt sich negativ auf
542 die Perspektiven von Ausbildungs- sowie Studieninteressierten und Berufsein-
543 steiger*innen aus und damit auch auf den Standort Hamburg. Wir werden ge-
544 genüber dem Senat und der Bürgerschaft das Thema Azubiwohnen und Stu-
545 dierendenwohnen stärker thematisieren und neben den Bau von Wohnungen
546 weitere Unterstützungsformate einfordern.

- 547
- 548 5. Gute Weiterbildung. Betriebliche Qualifizierung und berufliche Weiterbildung
549 sind eine wichtige Voraussetzung bei der Transformation der Wirtschaft. Bei
550 der Teilnahme an Weiterbildung zeigt sich einmal mehr das sozial selektive
551 Bildungssystem. Angebote werden häufiger von Vollzeitbeschäftigen, Füh-
552 rungskräften, Männern oder Menschen ohne Migrationshintergrund wahrge-
553 nommen. Für viele scheitert eine Teilnahme an fehlendem Geld und fehlender
554 Zeit. Wir als DGB Hamburg setzen uns deshalb für ein Recht auf



555 Weiterbildung ein, das Beschäftigte selbstbestimmt nutzen können und für
556 verbesserte Förderinstrumente. Unersetzlich sind die Beschäftigten in der Wei-
557 terbildung, deren Arbeitsbedingungen dringend verbessert werden müssen.
558 Sie arbeiten zu einem enorm hohen Anteil in prekären Beschäftigungsverhält-
559 nissen auf Honorarbasis, nicht selten befristet, und übernehmen dadurch alle
560 Beschäftigungsrisiken. Der DGB Hamburg setzt sich für gute Arbeitsbedingun-
561 gen in der (beruflichen) Weiterbildung ein und begleitet engmaschig die Ar-
562beit des Bündnisses für Berufliche Bildung.



1 **Antragsnummer: 2**

2 **Antragsstellende*r: DGB-Jugend Hamburg**

3 **Empfehlung der ABK: Annahme als Material zum Leitantrag (Antrag 1)**

4

5 **Titel:**

6 **Antrag Stärkung der Gedenkarbeit in der Region Ham-**
7 **burg**

8

9 **Antrag:**

10 Die Konferenz möge beschließen:

11

12 Dass Gedenkarbeit zum NS-Regime und dessen Verbrechen weiterhin und
13 verstärkt Aufmerksamkeit erhält, in der gewerkschaftlichen Arbeit themati-
14 siert und als fester untrennbarer Bestandteil auf regionaler und bezirklicher
15 Ebene integriert wird.

16

17 Umgesetzt werden kann dies zum Beispiel in Form von

- 18 • Seminaren,
19 • Workshops,
20 • Besuchen von regionalen Gedenkstätten & -orten,
21 • Stadtrundgängen
22 • Austausch mit aktiven Gruppen und (wenn möglich) Zeitzeug*innen.

23

24 **Begründung:**

25 Wir beobachten wie, sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas, der Fa-
26 schismus mehr und mehr salonfähig wird und faschistische, rassistische
27 und antisemitische Narrative den politischen Diskurs immer deutlicher prä-
28 gen. Mit dem Ableben von immer mehr Zeitzeug*innen wird die Verantwor-
29 tung, die bei nachkommenden Generationen liegt, nur höher. Denn wenn
30 niemand mehr lebt, um sich zu erinnern, wird die Gedenkarbeit und Aufklä-
31 rung um einiges relevanter. Diese Verantwortung liegt bei uns, der Jugend,
32 der Gewerkschaften und eben dieser wollen wir durch genannte Maßnah-
33 men gerecht werden.



1 **Antragsnummer: 3**

2 **Antragsstellende*r: DGB-Jugend Hamburg**

3 **Empfehlung der ABK: Annahme als Material zum Leitantrag (Antrag 1)**

4

5 **Titel:**

6 **Jährlichen Begehung des "Workers Memorial Day" am
7 28. April in der Region Hamburg**

8

9 **Antrag:**

10 Die Konferenz möge beschließen:

11

12 Gute und sichere Arbeitsbedingungen für alle! Heraus zum Workers Memorial Day!

13

14 Um unseren verunfallten Kolleginnen und Kollegen – ob erkrankt, verletzt oder ver-
15 storben – zu gedenken, aber auch um ein deutliches Zeichen für gute und sichere
16 Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu setzen, beteiligt sich der DGB-Ham-
17 burg am internationalen Gedenktag „Workers Memorial Day“, der jedes Jahr am
18 28. April stattfindet und setzt sich für eine gewerkschaftsübergreifende Zusam-
19 menarbeit ein, mit dem Ziel, den Tag im gesamten Norden und besonders in der
20 Region Hamburg zu etablieren.

21

22 **Begründung:**

23 In den letzten Jahren kommt es Hamburg wieder vermehrt zu schweren, teils tödli-
24 chen Arbeitsunfällen. Ob auf den zahlreichen Großbaustellen in Hamburg, bei gro-
25 ßen Industrieunternehmen oder im Hafen – immer wieder erleiden unsere Kolle-
26 ginnen und Kollegen schwere gesundheitliche Schäden oder verlieren sogar ihr
27 Leben auf der Arbeit. Doch das ist weder Schicksal noch Unglück. Gute und vor al-
28 lem sichere Arbeitsbedingungen sind entscheidende Grundpfeiler des gewerk-
29 schaftlichen Kampfes in Betrieb und Gesellschaft. Als Gewerkschafter sind wir
30 grundsätzlich der Auffassung: es gibt keinen Unfall, der nicht verhindert werden
31 kann! Deshalb ist der Schutz von Gesundheit und Leben für uns keine Frage von
32 Zufall oder Pech, sondern ein elementares Grundrecht aller Beschäftigten. Diesen
33 Umstand nehmen wir zum Anlass: Am 28.04. den Kolleginnen und Kollegen zu Ge-
34 denken und mit klaren Forderungen nach mehr Arbeitssicherheit zu begehen.



1 **Antragsnummer: 4**

2 **Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg**

3 **Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung**

4
5 **Ergänzung zum Antrag:** Der DGB Hamburg prüft, inwieweit weitere grund-
6 sicherungs- und wohngeldberechtigte Personengruppen einen solchen
7 Ortzuschlag erhalten könnten, und setzt sich für die Einführung eines sol-
8 chen ein.

9

10 **Begründung:** Erfolgt mündlich.

11

12 **Titel:**

13 **Ortzuschlag für Rentner*innen, die Grundsicherung**
14 **oder Wohngeld berechtigt sind**

15

16 **Antrag:**

17 Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:

18

19 Der DGB Hamburg setzt sich für einen Ortzuschlag für Rentner*innen ein, die
20 Grundsicherung oder Wohngeld berechtigt sind.

21 Der DGB Hamburg prüft, inwieweit weitere grundsicherungs- und wohngeldbe-
22 rechtigte Personengruppen einen solchen Ortzuschlag erhalten könnten, und setzt
23 sich für die Einführung eines solchen ein.

24

25 **Begründung:**

26 Ein nicht unerheblicher Teil der Rentner*innen lebt an der Armutsgrenze. Diese
27 Gruppe ist besonders von der Inflation und den gestiegenen Lebenshaltungskos-
28 ten betroffen. Auch für Rentner*innen muss ein würdiges Leben in einer Großstadt
29 wie Hamburg möglich sein. Eine Mietkostenbeihilfe allein reicht dazu nicht aus. Die
30 Lebenshaltungskosten in Hamburg liegen mehr als 10% über dem bundesweiten
31 Durchschnitt. Das bedeutet, dass man mit demselben Betrag in Hamburg weniger
32 Waren und Dienstleistungen kaufen kann als im Durchschnitt der Republik.

33

34 Bei der sozialen Grundsicherung werden die überdurchschnittli-
35 chen Lebenshaltungskosten nur in Bezug auf die Miete teilweise



36 berücksichtigt, indem die Obergrenzen bei der zulässigen Miete höher liegen als in
37 anderen Regionen. Wobei auch hier die Mietobergrenzen mit der realen Mietpreis-
38 entwicklung nicht Schritt halten.

39

40 Hier bietet der §29 SGB XII, Absatz 2 beziehungsweise 3 den Bundesländern die
41 Möglichkeit eine Rechtsverordnung zu erlassen, die die Träger der Sozialhilfe er-
42 mächtigt, regionale Besonderheiten oder statistisch nachweisbare Abweichungen
43 in den Verbrauchsausgaben zu berücksichtigen.



1 **Antragsnummer: 5**

2 **Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg**

3 **Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung**

4
5 **Änderung des Antrags: Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefor-**
6 **dert, einen gleichlautenden Antrag an die Bezirkskonferenz Nord zu stel-**
7 **len und sich für eine gleichlautende Antragsstellung an den OBK einzusetzen.**

9
10 **Begründung: Erfolgt mündlich.**

11
12 **Titel:**

13 **Neuausrichtung der Rentenpolitik in Deutschland**

14
15 **Antrag:**
16 ~~Antrag zur Annahme und Überweisung an den Ordentlichen Bundeskongress des~~
17 ~~DGB:~~

18 Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefordert, einen gleichlautenden Antrag
19 an die Bezirkskonferenz Nord zu stellen und sich für eine gleichlautende Antrags-
20 stellung an den OBK einzusetzen.

21
22 Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:

23
24 Der Deutsche Gewerkschaftsbund setzt sich für eine grundlegende Neuausrich-
25 tung der Rentenpolitik in Deutschland ein und arbeitet auf die folgenden Leit-
26 sätze hin:

- 27
28 1. Der systematische Abbau der Renten in den letzten 25 Jahren muss zukünf-
29 tig gestoppt werden.
30
31 2. Stattdessen muss eine Trendumkehr zu einer besseren, höheren, und soli-
32 darischen Altersversorgung eingeleitet werden durch Maßnahmen, die da-
33 für sorgen, dass



- 35 i) der ständige Produktivitätszuwachs auch den Menschen im Alter
36 durch eine gute Versorgung zugutekommt.
37 ii) jeder Rentenbeitragszahler am Ende seines Arbeitslebens eine Rente
38 erhält, die deutlich über der Armutsgrenze liegt (Mindestrente).
39 iii) dass Frauen durchschnittlich keine geringeren Renten mehr erhalten
40 als Männer.
41 iv) höhere Arbeitgeber- als Arbeitnehmerbeiträge zur Finanzierung der
42 Rente gezahlt werden müssen.
43 v) eine Senkung statt einer Erhöhung des Renteneintrittsalters erfolgt.
44 vi) versicherungsfremde Leistungen zukünftig nicht mehr aus der Ren-
45 tenkasse finanziert werden dürfen, sondern aus Steuermitteln ge-
46 nommen werden müssen.
47 vii) die Umlage finanzierte Rente als Lebensstandard sichernde Rente er-
48 halten bleibt und keine Beiträge in eine, wie auch immer geartete,
49 Kapitalrentenversicherung fließen.
50 viii) es eine Rentengarantie durch den Staat gibt!

51

52 **Begründung:**

53 Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund dafür, dass in der stärksten Volkswirtschaft
54 der EU ein so viel schlechteres Rentenniveau besteht als in den vergleichbaren
55 Nachbarstaaten und Frauen systematisch geringere Renten erhalten als Männer.

56 Der auf den letzten ordentlichen DGB-Bundeskongress gefasste Beschluss, zu-
57 nächst das derzeitige Rentenniveau von 48% auch über 2025 hinauszusichern, ist
58 in dieser Hinsicht keinesfalls ausreichend und muss mit einer Perspektive der Wie-
59 deranhebung des Rentenniveaus verbunden werden, welches ein auskömmliches
60 Leben nach einem langen Arbeitsleben sorgenfrei ermöglicht.

61

62 Es gilt ein deutsches Rentensystem zu etablieren, dass die oben genannten Forde-
63 rungen ermöglicht. Zur Finanzierung muss der Arbeitgeberanteil zum Rentenbei-
64 trag höher ausfallen als die Vorsorge des Arbeitnehmers, damit ein angemessener
65 Teil der Produktivitätsgewinne in die Rentenfinanzierung fließen. Zusätzlich zum
66 Bundeszuschuss aus Steuermitteln müssen Vermögen und Aktiengewinne zur
67 Rentenfinanzierung zusätzlich herangezogen werden.

68

69 Ziel sollte es dabei sein, mindestens eine vergleichbare Rente wie in anderen Al-
70 terssicherungssystemen zu erreichen, um die auch in der Alterssicherung beste-
71 hende Zwei-Klassen-Gesellschaft sowie die Benachteiligung von Frauen zu be-
72 ben! Dies liegt im Interesse der heutigen aktiven

- 74 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um der Gefahr der drohenden Altersarmut
75 zu entgehen.
- 76
- 77 Versicherungsfremde Leistungen dürfen zukünftig nicht mehr aus der Renten-
78 kasse, sondern müssen aus Steuermitteln finanziert werden. Gezahlte Rentenan-
79 sprüche sind künftig ausschließlich für die Beitragszahlenden und deren direkte
80 Renten zu verwenden.
- 81
- 82 Das Renteneintrittsalter muss sinken, statt steigen, weil durch die abnehmende
83 Zahl an Beitragszahlern härter gearbeitet werden muss und die Arbeitnehmer frü-
84 her als bisher nicht mehr in der Lage sind, die höhere Produktivität zu meistern.
85 Weiterhin bedarf es Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt ausländischer
86 Arbeitskräfte, um den Mangel an Arbeitskräften entgegenzuwirken. Freiwilliges ar-
87beiten über die Altersgrenze hinaus muss möglich, aber nicht verpflichtend sein.



1 **Antragsnummer: 6**

2 **Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg**

3 **Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung**

4
5 **Änderung des Antrags: Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefor-**
6 **dert, einen gleichlautenden Antrag an die Bezirkskonferenz Nord zu stel-**
7 **len und sich für eine gleichlautende Antragsstellung an den OBK einzu-**
8 **setzen.**

9
10 **Begründung: Erfolgt mündlich.**

11
12 **Titel:**

13 **Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland**

14
15 **Antrag:**
16 ~~Antrag zur Annahme und Überweisung an den Ordentlichen Bundeskongress des~~
17 ~~DGB:~~
18 Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefordert, einen gleichlautenden Antrag
19 an die Bezirkskonferenz Nord zu stellen und sich für eine gleichlautende Antrags-
20 stellung an den OBK einzusetzen.

21
22 Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:

23
24 Der DGB setzt sich für ein Verbot der Partei AfD Alternative für Deutschland aktiv
25 ein.

26
27 **Begründung:**

28 Der DGB und seine Mitglieds-Gewerkschaften stehen für Demokratie, Gleichbe-
29 rechtigung, Weltoffenheit und Toleranz und damit im klaren Widerspruch zur AfD.
30 Diese Partei ist in weiten Teilen eine Partei der extremen Rechten, die gegen zent-
31 rale Werte unseres Grundgesetzes und der Demokratie steht und damit unverein-
32 bar mit gewerkschaftlichen Grundpositionen und Grundwerten ist. Dies hat inzwi-
33 schen auch das Bundesamt für Verfassungsschutz festgestellt.

34
35 Deshalb wird sich der DGB mit all seinen Gliederungen bei allen für ein Verbotsver-
36 fahren zuständigen Stellen dafür einsetzen, ein Verbotsverfahren
37 einzuleiten.



1 **Antragsnummer: 7**

2 **Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg**

3

4 **Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung**

5

6 **Änderung des Antrags: Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefor-**
7 **dert, einen gleichlautenden Antrag an die Bezirkskonferenz Nord zu stel-**
8 **len und sich für eine gleichlautende Antragsstellung an den OBK einzusetzen.**

9

10 **Begründung: Erfolgt mündlich.**

11

12 **Titel:**

13 **Mitgliedsbeiträge zielgerecht und effektiv einsetzen**

14

15 **Antrag:**

16 ~~Antrag zur Annahme und Überweisung an den Ordentlichen Bundeskongress des
17 DGB:~~

18 Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefordert, einen gleichlautenden Antrag
19 an die Bezirkskonferenz Nord zu stellen und sich für eine gleichlautende Antrags-
20 stellung an den OBK einzusetzen.

21

22 Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:

23

24 Der DGB setzt eine zeitlich befristete Arbeitsgruppe, bestehend aus ehren- und
25 hauptamtlichen Mitgliedern der Mitgliedsgewerkschaft und des DGB, mit folgen-
26 dem Auftrag ein:

27

28 Die Arbeitsgruppe überprüft anhand einer Aufgabenkritik die von den Mitgliedsge-
29 werkschaften zur Verfügung gestellten Finanzmittel mit dem Ziel, die zur Verfügung
30 gestellten Mittel noch zielgerichteter als bisher für die Aufgaben des DGB einzuset-
31 zen. Ein weiteres mögliches Ergebnis kann sein, dass bei Aufrechterhaltung der
32 notwendigen Aufgaben Mittel in einem Umfang eingespart werden können, die zu
33 einer Absenkung der Mitgliedsbeiträge führen können.

34



STÄRKER
MIT UNS.

36 **Begründung:**

37 Der DGB finanziert sich aus den Mitgliedsbeiträgen aller Mitglieder der Mitgliedsge-
38 werkschaften. Diese Mittel stehen dann nicht mehr für operative Aufgaben der Mit-
39 gliedsgewerkschaften zur Verfügung. Derzeit werden pro Mitglied 12,5% des Mit-
40 gliedsbeitrages an den DGB abgeführt.
41 Die Entscheidung über den jeweils gültigen Haushalt trifft der Bundesausschuss
42 des DGB. Da die zumeist nur wenige Stunden andauernden Sitzungen des Bundes-
43 ausschusses in den letzten Jahren ausschließlich virtuell stattfanden, war eine in-
44 tensive und solidarische Befassung kaum möglich. Eine zeitlich befristet einge-
45 setzte Arbeitsgruppe kann hier sinnvolle Hinweise für die Mitglieder des
46 Bundesausschusses hinsichtlich der Mittelverwendung in künftigen Haushalten
47 geben.

1 **Antragsnummer: 8**

2 **Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg**

3

4 **Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung**

5

6 **Änderung des Antrags: Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefor-**
7 **dert, einen gleichlautenden Antrag an die Bezirkskonferenz Nord mit**
8 **dem Ziel zu stellen, dass der Bezirksvorstand Nord einen Antrag zur Sat-**
9 **zungsänderung an den OBK einreicht.**

10

11 **Begründung: Erfolgt mündlich.**

12

13 **Titel:**

14 **Zweite Stellvertretung im DGB-Bezirksvorsitz bei Drei-**
15 **Länder-Bezirken**

16

17 **Antrag:**

18 ~~Antrag zur Annahme und Überweisung an den Ordentlichen Bundeskongress des~~
19 ~~DGB:~~

20 Der Vorstand des DGB Hamburg wird aufgefordert, einen gleichlautenden Antrag
21 an die Bezirkskonferenz Nord mit dem Ziel zu stellen, dass der Bezirksvorstand Nord
22 einen Antrag zur Satzungsänderung an den OBK einreicht.

23

24 Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:

25

26 Die Satzung des DGB wird so geändert, dass in den DGB-Bezirken, die sich über
27 drei Bundesländer erstrecken, eine zweite Stellvertretung für den DGB-Bezirksvor-
28 sitz gewählt werden kann.

29

30 **Begründung:**

31 Der DGB Nord z.B. repräsentiert die drei Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklen-
32 burg-Vorpommern und Hamburg. Im Vorsitz des Bezirks können aber nur zwei die-
33 ser drei Länder direkt durch Personen, die aus diesen Ländern kommen und dort
34 vor Ort arbeiten, direkt vertreten werden. Mit einer zweiten Stellvertretung für den
35 Bezirksvorsitz, insgesamt also 3 Positionen im Bezirksvorsitz,
36 könnten alle drei Länder gleichermaßen abgebildet werden.



1 **Antragsnummer: 9**
2 **Antragsstellende*r: ver.di-Landesbezirksvorstand Hamburg**
3 **Empfehlung der ABK: Ablehnung**
4
5 **Begründung: Erfolgt mündlich.**
6
7 **Titel:**
8 **Angemessene Mitwirkungsrechte für die Seniorinnen**
9 **und Senioren im DGB**

10
11 **Antrag:**
12 **Antrag zur Annahme und Überweisung an den Ordentlichen Bundeskongress des**
13 **DGB:**
14
15 Die DGB-Delegiertenkonferenz Hamburg möge beschließen:
16 Die DGB-Satzung soll dahingehend geändert werden, dass auch die Personen-
17 gruppe der Seniorinnen und Senioren Mitwirkungsrechte erhält.
18 Die im Folgenden aufgeführten Satzungsbestimmungen der Satzung des DGB sind
19 - wie beschrieben und unterstrichen - zu ergänzen bzw. zu ändern.

20
21 **§ 2 Grundsätze, Ziele und Aufgaben des Bundes Ziff. 3: den zweiten Spiegelstrich**
22 **bei „d)" herausnehmen und hinter „g)" als h) wie folgt umformulieren:**
23 „h) in der Seniorenpolitik und Seniorenarbeit:
24 - die Vertretung der Interessen der Seniorinnen und Senioren und die Wahrung Ih-
25 rer Mitwirkung bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, in Sicherung
26 und Entwicklung ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Belange;
27 - die Festlegung von Entscheidungsstrukturen der DGB-Senioren in ei-
28 ner Richtlinie."
29 Die nachfolgenden Buchstaben ändern sich in „i)" und „j)".
30

31 **§ 7 Bundeskongress Ziff. 5: den vorletzten Satz wie folgt ergänzen:**
32 Dabei sollen die Frauen und die Jugend entsprechend ihrem Mitgliederanteil in
33 der jeweiligen Gewerkschaft vertreten sein; die Seniorinnen und Senioren sollen
34 angemessen vertreten sein. Näheres regelt eine Richtlinie."

37 **§ 7 Bundeskongress Ziff. 9 ist wie folgt zu ergänzen:**

38 „9. Anträge an den Bundeskongress können gestellt werden von: ...
39 - dem Bundes-Frauenausschuss,
40 - dem Bundes-Jugendausschuss,
41 - dem Bundes-Seniorenausschuss.“

42
43 **§ 8 Bundesausschuss Ziff. 3 ist wie folgt zu ergänzen:**
44 „3. Je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter des Bundes-Frauen-, des Bundes-Jugend-
45 und des Bundes-Seniorenausschusses nimmt an den Sitzungen mit beratender
46 Stimme teil.“

47
48 **§ 11 Bezirke Ziff. 6 ist wie folgt zu ergänzen:**

49 „... Dabei sollen die Frauen und die Jugend entsprechend ihrem Mitgliederanteil in
50 der jeweiligen Gewerkschaft vertreten sein; die Seniorinnen und Senioren sollen
51 angemessen vertreten sein. Näheres regelt eine Richtlinie.“ ... „und je zwei Vertre-
52 terinnen bzw. Vertreter des Bezirks-Frauen-, Bezirks-Jugend- und des Bezirksseni-
53 orenausschusses nehmen mit beratender Stimme an den Bezirkskonferenzen teil.“

54
55 **§ 11 Bezirke Ziff. 12 ist wie folgt zu ergänzen:**

56 „12. Anträge an die Bezirkskonferenzen können gestellt werden von: ...
57 - dem Bezirks-Frauenausschuss,
58 - dem Bezirks-Jugendausschuss,
59 - dem Bezirks-Seniorenausschuss.“

60
61 **§ 11 Bezirke Ziff. 14 ist wie folgt zu ergänzen:**

62 „14. Die Bezirksvorstände bestehen aus der bzw. dem Bezirksvorsitzenden, der bzw.
63 dem stellvertretenden Bezirksvorsitzenden, je einer Bezirksleiterin bzw. einem Be-
64 zirksleiter der im Bezirk vertretenen Gewerkschaften und einer Vertreterin des Be-
65 zirksfrauenausschuss sowie je einem/r Vertreter/in des Bezirksjugendausschusses
66 und des Bezirksseniorenausschusses...“

67
68 Sofern § 11 Ziff. 14 als Satzungsänderung beschlossen wird, könnte folgende Formu-
69 lierung in § 11 Ziff. 16 wegfallen:

70 „16. Soweit Seniorenpolitik auf der Ebene des Bezirkes koordiniert wird, sollen
71 Seniorenvertreter/innen zu den Beratungen hinzugezogen werden.“

72
73 **Begründung:**

74 **Der Antrag orientiert sich an den Rechten, die die Gruppen Frauen und Jugend
75 im DGB haben.**



76 22 Prozent der deutschen Bevölkerung – in Zahlen 18,7 Millionen – sind Senior*in-
77 nen. Der DGB hatte im Jahr 2024 5,58 Millionen Mitglieder, der Anteil der Senior*in-
78 nen liegt auch hier bei ca. 20 Prozent, also 1,2 Millionen Mitgliedern.
79 Diese leisten – neben ihrem politischen und organisationspolitischen Engagement
80 – einen nicht unerheblichen finanziellen Beitrag zur Finanzierung des DGB.
81 In den Positionen zur Senior*innenpolitik des DGB heißt es u.a.: „Durch die demo-
82 graphische Entwicklung steigt der Anteil der Senior*innen an der Gesamtbevölke-
83 rung immer mehr. ...Die Interessen der verschiedenen Generationen stehen dabei
84 nicht im Gegensatz zueinander. Der DGB und die Gewerkschaften organisieren in
85 hohem Ausmaß aktive Arbeitnehmer*innen sowie Senior*innen miteinander. Es
86 gibt viele gemeinsame Interessen“ („Die Senior*innenpolitik“, Homepage des
87 DGB).
88 Auf verschiedenen politischen Ebenen setzt sich der DGB für mehr Mitspracherecht
89 und Teilhabe an Entscheidungen ein wie der Forderung nach gewählten Senior*in-
90 nenvertretungen auf kommunaler und Landesebene in Seniorenmitwirkungsge-
91 setzen.
92 Umso weniger verständlich ist, dass innerhalb der Strukturen des DGB die Teilhabe
93 der Senior*innen immer noch – trotz Jahrzehntelanger Bemühungen um gleich
94 berechtigte Teilhabe – auf Anhörungs- und Beratungsrechte beschränkt bleibt.
95 Die Vertretung der Interessen der Senior*innen (Rente, Pflege, Verkehr, Digitalisie-
96 rung...) ist im Interesse aller Gewerkschaftsmitglieder – auch die Aktiven werden
97 irgendwann den Ruhestand erreichen.

